

Friedensdiplomatie ist die Kernkompetenz der OSZE

Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine für die größte weltweite Sicherheitsorganisation

Daniela De Ridder

Als Geburtsstunde der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gilt die Pariser Charta für ein neues Europa von 1990. Heute umfasst die OSZE 57 Teilnehmerstaaten von Vancouver bis Wladiwostok, darunter auch die Ukraine, Russland und Belarus. Sie stützt sich auf ein erweitertes Sicherheitsverständnis, um Konflikte mittels Dialogs und Friedensdiplomatie beizulegen. Sie verfügt über eine eigene Parlamentarische Versammlung (PV) mit insgesamt 323 Abgeordneten, die von den jeweiligen nationalen Parlamenten der Teilnehmerstaaten delegiert werden. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die OSZE in ein schweres Dilemma gestürzt.



Autor

Dr. Daniela De Ridder, MdB, ist Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Sie ist Mitglied im Kuratorium der GSP.

In diesen Tagen jährte sich Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine zum zweiten Mal. Leid und Zerstörung bestimmen seitdem das Leben der Ukrainerinnen und Ukrainer; die europäische Friedensordnung liegt in Scherben. Der deutsche Bundeskanzler hat diese historische Zäsur zutreffend als „Zeitenwende“ charakterisiert.

Über die Konsequenzen werden nicht nur in Deutschland kontroverse Debatten geführt. Dies umfasst höhere Verteidigungsausgaben, die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten der Bundeswehr, den Zusammenhalt in der NATO und die militärische Unterstützung der Ukraine. Deutschland stellt nach den USA die größte militärische Unterstützung für die Ukraine bereit, die sich inzwischen auf 5,66 Milliarden Euro addiert und die Lieferung von Kampfpanzern, Luftabwehrsystemen, Artilleriesystemen, Spezialausrüstungen sowie logistischen Transportsystemen u. a. beinhaltet.

Als Folge des imperialistischen Angriffskriegs hat die Ukraine den Ausschluss der russischen Delegation aus der PV beantragt. Dazu ist es nicht gekommen. Dies hätte dem historisch gewachsenen Selbstverständnis widersprochen: Die PV versteht sich als inklusive Dialog- und Informationsplattform. Demzufolge müssen alle Beschlüsse nach dem Konsensprinzip minus eins verabschiedet werden, sodass ein Ausschluss Russlands kaum möglich ist. Allerdings bedeutet dies keineswegs, auf klare Positionen verzichten zu müssen. Die PV hat sich vom ersten Tag an mit der zu Unrecht angegriffenen Ukraine solidarisiert und Putins Krieg auf das Schärfste verurteilt. Die Delegationsmitglieder aus der russischen Staatsduma müssen sich bei den Tagungen der geballten Kritik und einhelligen Verurteilung durch die Dele-

gierten aussetzen. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal der OSZE und ihrer PV. Mit ihrer Anwesenheit erleben die russischen Delegierten die internationale Isolierung Russlands praktisch hautnah.

Russland hat die gemeinsamen Werte und Prinzipien der Organisation gebrochen: die langjährige Spezielle Beobachtungsmission (SMM) in der Ukraine musste infolge des russischen Vetos beendet werden. Ebenso musste der Projektkoordinator für die Ukraine seine Arbeit einstellen. Russland hat 71 gepanzerte OSZE-Fahrzeuge im Wert von fast 2,7 Millionen Euro illegal beschlagnahmt und in die von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass verfrachtet. Drei frühere Mitarbeiter der SMM wurden unter konstruierten Spionagevorwürfen von den Behörden der Separatisten de facto als Geiseln gefangen genommen und zu drakonischen Haftstrafen verurteilt.

Darüber hinaus hat Russland mehrfach die Verabschiedung des OSZE-Haushalts blockiert und damit die Organisation an den Rand der Handlungsunfähigkeit gedrängt.

Der PV ist es dennoch gelungen, politisch handlungsfähig zu bleiben und geeignete Maßnahmen zu treffen. Auf ukrainische Initiative hin wurde ein Kompromissvorschlag erarbeitet, der den Delegationen aus satzungswidrig handelnden Teilnehmerstaaten einzelne Rechte wie das Stimmrecht, das aktive und passive Wahlrecht oder das Rederecht entziehen kann. Damit wird eine effektive Sanktionierung von groben Pflichtverletzungen unterhalb der Vollsuspendierung vorgenommen. Zudem wird an einem Verhaltenskodex für die Abgeordneten gearbeitet. So soll es zukünftig den Duma-Abgeordneten nicht mehr möglich sein, den imperialistischen Angriffskrieg

gegen die Ukraine ohne Konsequenzen zu rechtfertigen.

Zusätzlich wurde ein Parlamentarisches Ad Hoc-Unterstützungskomitee für die Ukraine eingerichtet. Dessen Mitglieder treten als Fürsprecher der Ukraine in ihren nationalen Parlamenten auf, um die humanitäre, wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung aufrechtzuerhalten. Sie koordinieren gleichzeitig die ukrainische Unterstützungsmaßnahmen innerhalb der PV.

Gleichwohl nehmen die Herausforderungen zu: Aufgrund der langen Kriegsdauer ist in der westlichen Medienlandschaft ein Gewöhnungseffekt eingetreten. Hinzu kommt das Aufflackern von weiteren, hochexplosiven Konflikten wie dem Krieg in Gaza. Dies hat bereits zu einem öffentlichen Aufmerksamkeitsverlust für die Ukraine geführt, obwohl Russland aktuell die schwersten Angriffe seit Kriegsbeginn gegen ihre zivilen Infrastrukturen durchführt.

Auch wirft der Wahlkampf in den USA und die mögliche Rückkehr von Ex-Präsident Donald Trump ins Weiße Haus ihre Schatten voraus. Beunruhigend ist dabei vor allem die Frage, in welchem Ausmaß die USA ihre Unterstützung für die Ukraine reduzieren werden. Verheerend wäre der Rückzug der USA unter einer zweiten Trump-Präsidentschaft. Für Vladimir Putin würde dies den größtmöglichen Glücksfall darstellen, für die Ukraine-Unterstützerstaaten hingegen den worst case. Daher müssen in allen Strategieplanungen zwingend Schreckensszenarien mitbedacht und deren Konsequenzen sorgfältig abgewogen werden. Erst kürzlich hat Donald Trump auf einer Wahlkampfveranstaltung der Republikaner erklärt, dass Russland mit säumigen NATO-Zählern umspringen könne wie es wolle, die USA würden diese nicht länger verteidigen. Dabei hat er Deutschland besonders im Visier. Dies ist als dringender Weckruf für die schnelle Entwicklung einer kohärenten Strategie zu verstehen, um die eigenen Verteidigungsfähigkeiten auch bei nachlassender Unterstützung der USA deutlich zu verbessern. Die Unterstützerstaaten der Ukraine müssen dringend über den Wahltermin in den USA hinausdenken und ihre Beiträge zur humanitären, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterstützung der Ukraine zukünftig erhöhen.

Deutschland hat bereits erste wichtige Konsequenzen gezogen. So hat Bun-

desverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) gefordert, dass die Bundeswehr „kriegstüchtig“ werden müsse. Dies ist dahingehend zu definieren, dass sie über die Landes- und Bündnisverteidigung hinausreichende militärische Fähigkeiten besitzen muss, um einen potenziellen Aggressor in die Schranken weisen zu können. Angesichts möglicher worst case-Szenarien ist eine Renaissance der Abschreckungspolitik leider unumgänglich. Die Zeitenwende lässt sich nicht rückgängig machen. Sie erfordert jetzt die richtigen Weichenstellungen mit konkreten Maßnahmen und deren rasche Umsetzung. Mit Putins Russland lauert im Osten Europas eine bis an die Zähne bewaffnete Atommacht, die danach trachtet, die internationale Friedensordnung zugunsten ihrer imperialen Ziele zu zerstören und die bei der Ukraine nicht Halt machen wird. Dieses aggressive Russland muss wirksam eingedämmt werden. Die Rückkehr zur Abschreckungspolitik schließt allerdings politische Angebote zum Dialog und zur friedlichen Konfliktlösung mit ein. Friedensdiplomatie ist die tra-

ditionelle Kernkompetenz der OSZE. Das war schon zu Zeiten der Entspannungspolitik des Friedenskanzlers Willy Brandt so. Der Anteil der bruttoinlandsbezogenen Verteidigungsausgaben lag in der damaligen Bundesrepublik sogar deutlich über der heutigen Ausgabenquote. Eine lautstarke Minderheit, die einen nachgiebigeren Umgang zu Gunsten Russlands fordert, blendet dies aus. Dabei mahnt uns die eigene Geschichte, dass Nachgiebigkeit gegenüber einem Aggressor den Frieden nicht sicherer macht. Einem Russland, das wieder als geschätztes Mitglied in den Kreis der internationalen Staatengemeinschaft aufgenommen werden will, sollte die Hand gereicht werden. Bis dahin dürfen aber nicht länger Illusionen unsere Politik beherrschen. Die Zeitenwende muss auf allen Ebenen die Richtschnur des politischen Handelns bilden. Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung haben dies verstanden und leisten dazu ihren essentiellen Beitrag.

In eigener redaktioneller Verantwortung.

